

Uruguay nach der Diktatur:

Demokratie auf dem Prüfstand

Zwar sind in Uruguay die Militärs abgetreten, aber sie bleiben drohend im Hintergrund. Unter ihrem Druck hat die Parlamentsmehrheit eine Amnestie für Menschenrechtsverbrechen durchgesetzt. Dagegen wurde von 25 Prozent aller Stimmberechtigten das Referendum ergriffen. Der Solifonds unterstützt diesen Abstimmungskampf.

Man erinnert sich: 1985 fand in Uruguay eine fast 12jährige Diktatur ihr Ende. Die Militärregierung ist damals nicht freiwillig abgetreten. Das Land stand wirtschaftlich vor dem Bankrott, und die Diktatur hatte bis weit ins bürgerliche Lager hinein alle Sympathien verloren. Unter dem gemeinsamen Druck der Linken und der ehemaligen grossen bürgerlichen Parteien trat die Militärregierung ihre Macht ab. 1985 wurde der konservative Politiker Sanguinetti als neuer ziviler Präsident gewählt. Einige berühmte Linkspolitiker durften für das Amt nicht kandidieren. Sanguinetti allerdings, der selbst mehrere Jahre im Exil lebte, versprach eine vollständige Demokratisierung einzuleiten, und er versprach ebenso wie alle Parlamentskandidaten, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während der Militärdiktatur begangen wurde, nicht ungestraft bleiben dürften.

Das Volk wehrt sich.

Während der Diktatur sind Hunderte von Menschen umgebracht worden oder verschwunden. Tausende wurden gefoltert und ohne Prozess jahrelang in Haft gehalten. Zehntausende gingen ins Exil. Über hundert Mitglieder der Streitkräfte und der Polizei werden der schwersten Menschenrechtsverletzungen - Mord und Folter - angeklagt. Doch sie weigerten sich, vor Gericht zu erscheinen; sie drohen erneut mit Putsch. Diesen Drohungen gab Sanguinetti nach und bereitete ein Amnestie-Gesetz vor, das Straffreiheit für alle Verbrechen, die im Dienst der Diktatur begangen wurden, verspricht. Nachdem das Parlament dieses Gesetz genehmigt hatte, machte sich im Volk Empörung breit. Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften ergriffen das Referendum. Innert kurzer Frist kamen 634'000 Stimmen zusammen. (Für ein Referendum sind in Uruguay die Unterschriften von 25 Prozent aller Stimmberechtigten [550'000] erforderlich.) Die Regierung erklärte davon 100'000 Unterschriften als ungültig. Doch die Opposition gab nicht nach; noch vor Ablauf der Frist brachte sie die fehlende Zahl an Unterschriften bei.

Hilfe für den Abstimmungskampf.

Am 16. April muss jetzt in Uruguay abgestimmt werden. Die Initianten sind zuversichtlich, da ein Grossteil der Bevölkerung - ähnlich wie in Argentinien - nichts von Amnestie wissen will. Es geht nicht um Rache, sagen die Referendumsbefürworter, sondern es gehe um die Glaubwürdigkeit der Demokratie. Wo ein Staat erpresst werden könne, indem Menschen, die schwerster Verbrechen bezichtigt werden, einfach nicht vor Gericht erscheinen können, da herrsche noch keine Demokratie. Uruguay ist eines der wenigen südamerikanischen Länder, das vor der Militärdiktatur durchaus eine demokratische Tradition hatte. Mit seinen knapp 3,5 Mio. Einwohner wird es oft als die „Schweiz Südamerikas“ bezeichnet.

Für den Solifonds ein Grund mehr, diesen entscheidenden Abstimmungskampf mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen. Der Abstimmungskampf wird viel Geld verschlingen und noch mehr menschliche Kräfte brauchen. Eine Geste der Solidarität tut not!

Bau und Holz, 31.3.1989.

Solifonds > Menschenrechte.doc.